

A1 Leitlinien

Antragsteller*in: Sabine Schlager

Status: Zurückgezogen

1 Grün tut den Kommunen gut

2 Gute Lebensbedingungen in den Gemeinden und Städten liegen uns am Herzen. Auch
3 künftigen Generationen wollen wir die Chancen auf ein Leben in einer intakten
4 Umwelt und einem funktionierenden Gemeinwesen erhalten.

5 Dörfer und Städte geben uns ein Zuhause und haben großen Einfluss auf unsere
6 Lebensqualität. Es sind die Orte, in denen wir die Bedingungen für unseren
7 Alltag mitgestalten wollen.

8 Grüne Kommunalpolitik stellt Umweltschutz, sozialen Zusammenhalt,
9 Bildungschancen und ein vielfältiges kulturelles Angebot in den Mittelpunkt. Bei
10 wichtigen Entscheidungen setzen wir auf breite Beteiligungsmöglichkeiten.

11 Kommunalpolitik prägt das Leben der Einwohnerinnen und Einwohner in ganz
12 besonderem Maß. Denn in den Rathäusern und Landratsämtern wird letztendlich
13 entschieden, ob es Vorfahrt für Bus und Bahn gibt, der Ortskern gestärkt und die
14 Streuobstwiese erhalten werden, ob Energie auch lokal und regenerativ erzeugt
15 wird, ob Menschen mit Einschränkungen auf Offenheit oder Barrieren treffen, ob
16 unterschiedliche Startchancen bei Kindern ausgeglichen werden, ob es eine gute
17 medizinische Versorgung in der Fläche gibt und nicht zuletzt ob Transparenz und
18 Beteiligung die Politik im Hinterzimmer ersetzt.

19 Deshalb ist es so wichtig, dass in den kommunalen Gremien möglichst viele grüne
20 und alternative Rätinnen und Räte ihre Ideen einbringen und vor Ort nach den
21 jeweils besten Lösungen suchen. Deshalb werben wir um Menschen, die mit ihren
22 Ideen und ihrem Engagement unsere Fraktionen verstärken und um viele Wählerinnen
23 und Wähler, die uns mit ihren Stimmen Rückenwind geben.

24 1. Die ökologische Kommune: natürliche Lebensgrundlagen
25 erhalten

26 Mit den Kommunen Klimaschutzziele erreichen

27 Nur mit einem starken Beitrag der Kommunen wird es gelingen, die Pariser
28 Klimaschutzziele zu erreichen und die globale Temperaturerhöhung auf deutlich
29 unter 2°C zu begrenzen. Städte und Gemeinden müssen hier mit gutem Beispiel
30 vorangehen und aufzeigen, dass Energiesparen und Energieeffizienz nicht nur gut
31 für das Klima sind, sondern sich auch finanziell rechnen. Bund und Land müssen
32 die notwendigen Rahmenbedingungen setzen.

33 Immer mehr Städte und Gemeinden engagieren sich mit kommunalen
34 Klimaschutzkonzepten, um den Ausbau der regenerativen Energien voranzubringen
35 und von fossilen Energieträgern unabhängig zu werden. Die grün-geführte
36 Landesregierung unterstützt dabei mit maßgeschneiderten Förderprogrammen, wie
37 „Klimaschutz Plus“ und „Klimaschutz mit System“.

38 Der Einsatz innovativer Technik, energieeffizientes Bauen und Sanieren tragen
39 entscheidend zur Reduktion des Energieverbrauchs bei. Deshalb kann Klimaschutz
40 nur zusammen mit der Bevölkerung und der örtlichen Wirtschaft gelingen. Auch die

-
- 41 35 regionalen Energieagenturen im Land leisten hier wichtige Beiträge. Ein
42 breites Angebot an Service und Beratung unterstützt Wirtschaft, Handwerk und
43 Bürger*innen, Energie zu sparen und schrittweise auf regenerative Stromerzeugung
44 umzustellen.
- 45 Stadtwerke entwickeln sich zu Motoren der Energiewende. Mit Beratungs- und
46 Dienstleistungsangeboten helfen sie, Energieverbrauch und Kosten zu senken. Mit
47 dem Umstieg auf dezentrale Stromerzeugung aus regenerativen Energiequellen
48 bringen sie außerdem die Dekarbonisierung unserer Gesellschaft weiter voran.
- 49 Die energetische Sanierung und Modernisierung von Altbauten muss in den nächsten
50 Jahren weiter an Tempo zulegen. Immer noch wird in privaten Haushalten knapp die
51 Hälfte der Energie für Wärme verbraucht. Durch effizient eingesetzte Energie
52 lässt sich – bei gleichzeitig verbessertem Wohnkomfort – oft mehr als die Hälfte
53 des bisherigen Verbrauchs einsparen.
- 54 Die Nutzung regenerativer Energien muss beim Aufstellen von Bebauungsplänen noch
55 stärker berücksichtigt werden. Sonnenenergienutzung bei kommunalen Gebäuden und
56 der Bezug von Ökostrom müssen zum Standard kommunaler Energiepolitik gehören.
57 Auch die Planung und Umsetzung energieeffizienter Wärmenetze muss auf kommunaler
58 Ebene vorangetrieben werden. Ein aktuelles Förderprogramm des Landes bietet
59 hierfür finanzielle Unterstützung.
- 60 Durch Ausweisung geeigneter Gebiete im Flächennutzungsplan und Verpachtung
61 kommunaler Flächen wollen wir vor Ort den Ausbau der Windkraft und auch der
62 Photovoltaik steuern und voranbringen. Die gesetzlichen Vorgaben und Belange des
63 Natur- und Artenschutzes sind dabei selbstverständlich zu beachten.
- 64 In Baden-Württemberg stammt immer noch rund ein Drittel des CO₂-Ausstoßes vom
65 Verkehr. Bis heute ist hier die Trendwende noch nicht gelungen! Wir werden
66 unsere Klimaschutzziele nur erreichen können, wenn auch die
67 Treibhausgasemissionen aus dem Verkehr entscheidend reduziert werden.
- 68 Für gesunde Luft auch in Ballungsräumen
- 69 Feinstaub und Stickoxide belasten die Gesundheit. Die Europäischen Grenzwerte
70 zur Luftreinhalte müssen eingehalten werden, um die Anwohnerinnen und Anwohner
71 viel befahrener Straßen vor den gesundheitlichen Risiken dieser Umweltgifte zu
72 schützen. Das geht nur durch die Verringerung der Auto- und LKW-Fahrten, durch
73 verbesserte Abgaswerte sowie den schrittweisen Umstieg auf umweltfreundliche,
74 emissionsarme Verkehrsmittel.
- 75 Den Artenreichtum und die vielfältige Landschaft erhalten
- 76 Wir wollen unsere schöne Kulturlandschaft und vielfältige Natur für uns, unsere
77 Kinder und Enkel erhalten. Immer noch gehen durch anhaltenden Flächenverbrauch
78 und intensive Landwirtschaft mit dem Einsatz von Pestiziden wie Glyphosat und
79 Neonicotinoiden wertvolle Lebensräume sowie standorttypische Tier- und
80 Pflanzenarten verloren. Der Verlust an biologischer Vielfalt und das Insekten-
81 und Vogelsterben müssen dringend gestoppt werden!
- 82 Wir wollen Natur- und Landschaftsschutzgebiete erhalten und weiterentwickeln.
83 Äcker und Grünland sind so zu bewirtschaften, dass der Erhalt unserer
84 biologischen Vielfalt und die Versorgung mit regionalen, gentechnikfreien und
85 gesunden Lebensmitteln gewährleistet sind. Um dies umzusetzen, streben wir eine

86 enge Partnerschaft und gute Kooperation mit Landwirtinnen und Landwirten an.
87 Kommunen können beispielsweise über die Ausgestaltung landwirtschaftlicher
88 Pachtverträge für Flächen im kommunalen Eigentum Einfluss auf die Art der
89 Bewirtschaftung nehmen. Auch Wälder und Gewässer müssen naturgemäß und
90 nachhaltig bewirtschaftet werden.

91 Auch in Siedlungsgebieten wollen wir naturnahe Lebensräume für Tiere und
92 Pflanzen erhalten und aufwerten, die gleichzeitig Erholungs- und
93 Naturerlebnisräume für Menschen sein können. Hierzu tragen
94 Biotopverbundmaßnahmen, naturnahe Grünflächen- und Gewässerrandpflege und der
95 Einsatz gebietsheimischen Saat- und Pflanzgutes bei. Unser Leitbild ist die
96 pestizidfreie Kommune. Bei der öffentlichen Grünflächenpflege müssen die Städte
97 und Gemeinden mit gutem Beispiel vorangehen und auf den Einsatz von Pestiziden
98 verzichten.

99 Die naturschutzrechtlichen Vorgaben nehmen wir ernst. Eingriffe in Natur und
100 Landschaft müssen vermieden und – wo nicht vermeidbar - kompensiert werden. Die
101 Pflege von Ausgleichsflächen muss dauerhaft sichergestellt werden.

102 Flächen schonen – Entwicklung findet innen statt

103 Grundlage für eine gelungene Innenentwicklung ist eine Planung, die sich an
104 ökologischen, stadtklimatischen und auch an sozialen Gesichtspunkten orientiert.
105 Durch Nutzen von Baulücken und Gewerbebrachen und durch flächensparendes Bauen
106 lässt sich der Flächenverbrauch minimieren. Wir wollen über die Bauleitplanung
107 und über kommunale Flächenpolitik eine ökologische und zugleich baulich
108 qualitätsvolle Siedlungsentwicklung erreichen. Durch „vertikale Stadtplanung“
109 und Überarbeitung bestehender Bebauungspläne wollen wir eine optimale Ausnutzung
110 der zur Verfügung stehenden Bauflächen sicherstellen. Innerörtliche Grünbereiche
111 sind dabei unverzichtbarer Bestandteil - auch Innenentwicklung hat ihre Grenzen.
112 Große Bäume wollen wir erhalten, weil sie wichtig für Ortsbild und Stadtklima
113 sind.

114 Tierschutz in der Kommune umsetzen

115 Kommunen können viel für den Tierschutz tun. Tierheime, die Fundtiere
116 beherbergen, brauchen eine angemessene Unterstützung durch die Kommunen. Mit dem
117 Ausloben eines Tierschutzpreises können Kommunen den Tierschutz stärken.
118 Tierschutzaspekte müssen in Pachtverträge mit Zirkusunternehmen und
119 Schausteller*innen aufgenommen werden. Aus einem kommunalen Tierschutzfonds
120 können im Tierschutz ehrenamtlich Tätige unbürokratisch Tierarztkosten für
121 Fundtiere und andere Tiere in Notlagen erstattet bekommen. Wir treten für die
122 Benennung eines/einer ehrenamtlichen kommunalen Tierschutzbeauftragten ein.

123 Wiederverwerten statt verbrennen

124 Die kommunale Abfallwirtschaft muss mit Informationen und konkreten Konzepten
125 für Müllvermeidung und Wiederverwertung die Rohstoffverschwendung eindämmen. Mit
126 ökologischer Kreislaufwirtschaft und Maßnahmen für mehr Ressourceneffizienz
127 leisten wir einen wichtigen Beitrag, um Rohstoffengpässen wirksam zu begegnen
128 und gleichzeitig die Umwelt zu schonen. Die Nutzung von Bioabfällen zur
129 Energiegewinnung wollen wir flächendeckend sicherstellen und die
130 Phosphorrückgewinnung aus Klärschlamm weiter voranbringen.

131 2. Die soziale Kommune: Lebensqualität für alle ermöglichen

132 Soziale Unterstützung bieten

133 Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, brauchen Rat und Hilfe. Ob bei
134 Krankheit, bei Behinderung, in Lebenskrisen, in finanziellen Notlagen oder im
135 Alter: Die Unterstützung muss so dezentral wie möglich angeboten werden. Und sie
136 muss so weit wie möglich zusammen mit den Betroffenen und für deren Bedürfnisse
137 entwickelt werden. Es gilt, niedrigschwellige Angebote zu schaffen, bei denen
138 Hilfesuchende möglichst individuelle Beratung und Hilfen erhalten.

139 Freiwilliges Engagement stärken und würdigen

140 Viele wesentliche Aufgaben im gesellschaftlichen Zusammenleben, wie Kinder- und
141 Jugendarbeit, Betreuung alter Menschen und die Flüchtlingshilfe sind ohne
142 Ehrenamtliche kaum zu bewältigen. Sie leisten in Initiativen,
143 Selbsthilfegruppen, Vereinen und Projekten wertvolle Arbeit. Um dieses
144 Engagement dauerhaft aufrecht zu erhalten ist es wichtig, dass auch neue Formen
145 der Kooperation unter allen Beteiligten erprobt und umgesetzt werden. Die
146 Städte, Gemeinden und Landkreise müssen bürgerschaftliches Engagement in seiner
147 Vielfalt gezielt fördern, stärken und würdigen.

148 Gut und günstig wohnen

149 Ziel der kommunalen Wohnungspolitik muss es sein, dass in den Gemeinden im Land
150 Wohnraum für Menschen jeden Einkommens, für jede Altersgruppe und für jede Form
151 des Zusammen- oder des Alleinlebens zur Verfügung steht. Neben seniorenrechten
152 und barrierefreien Wohnungen müssen auch familiengerechte, größere und
153 preiswerte Wohnungen auf dem Markt bereitstehen.

154 Die Zahl der Sozialwohnungen ist auch in Baden-Württemberg in den letzten Jahren
155 stark gesunken. Die Mietpreise steigen parallel dazu enorm an. Für viele
156 Menschen wird es immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

157 Städte und Gemeinden müssen hier gegensteuern und von ihrer Möglichkeit Gebrauch
158 machen, beim Ausweisen neuer Flächen und bei städtebaulichen Verträgen im
159 Innenbereich einen beträchtlichen Anteil für den sozialen Wohnungsbau zu
160 reservieren. Damit Kommunen auch selbst in den sozialen Mietwohnungsbau
161 investieren können, steht ihnen das Förderprogramm des Landes offen.

162 Wenn Bebauungspläne erst dann zur Wirkung kommen, wenn alle Grundstücke in
163 kommunaler Hand sind, werden langjährige Baulandbrachen vermieden und die
164 Kommune kann verhindern, dass es zu unverhältnismäßig hohen Grundstückspreisen
165 kommt.

166 Wir unterstützen die Einführung einer Grundsteuer C, um bebaubare Grundstücken
167 schneller für Wohnzwecke bereit zu stellen und Spekulationen zu erschweren.
168 Durch Grundstücksvergaben an Baugemeinschaften, Genossenschaften und andere
169 Formen des gemeinschaftlichen Wohnens kann preiswertes Bauen unterstützt werden.
170 Ein wirksames Instrument, um knappen Wohnraum zu erhalten, ist die
171 Zweckentfremdungssatzung, die verhindert, dass Wohnraum dem Wohnungsmarkt
172 entzogen wird.

173 Lebenswert wohnen

174 Dörfer, Gemeinden und Städte sind lebenswert und attraktiv, wenn es eine gute
175 Mischung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit gibt. Zu einer optimalen
176 Grundversorgung gehören auch Einkaufsmöglichkeiten, eine ordentliche
177 Gastronomie, öffentliche Einrichtungen und Dienstleistungen. Wichtig ist, beim
178 Planen, Bauen oder Sanieren lebendige Quartiere mit guter sozialer Mischung im
179 Blick zu haben. Menschen unterschiedlichen Alters, unterschiedlichster Herkunft
180 mit und ohne Behinderung sollen hier miteinander leben und sich gegenseitig
181 unterstützen. Entsprechend müssen Quartiere gestaltet werden. Stichworte sind
182 etwa Mehrgenerationenhäuser, Beratungsstrukturen, Nachbarschaftszentren,
183 barrierefreier Wohnraum, KITAS, Anbindung an den ÖPNV.

184 Sicherheit im öffentlichen Raum

185 Sicherheit im öffentlichen Raum ist unverzichtbar für ein gutes soziales Klima.
186 Der Begriff Sicherheit umfasst dabei mehr als den Schutz vor Kriminalität. Es
187 geht auch darum, dass sich die Bevölkerung subjektiv sicher fühlt. Orte, die als
188 Angsträume wahrgenommen werden, können durch Umgestaltung und bessere
189 Beleuchtung sowie durch die Beseitigung von hässlichen
190 oder vermüllten Bereichen attraktiver und damit sicherer werden. Die gezielte
191 Präsenz der Polizei erhöht sowohl die Sicherheit, als auch das
192 Sicherheitsgefühl. Bereits bei der Bauleitplanung ist darauf zu achten, dass
193 keine Viertel entstehen, die so einseitig genutzt sind, dass sie zu bestimmten
194 Zeiten menschenleer sind und dadurch unheimlich wirken, wie zum Beispiel
195 Behördenzentren. An einem sicheren und lebenswerten Umfeld sind viele in der
196 Kommune beteiligt. Neben der Polizei ist dies die Kriminalitätsprävention durch
197 aktive Sozialarbeit, die Bau- und Planungsämter, die kommunalen Servicebetriebe
198 und nicht zuletzt die Bevölkerung durch einen sorgsamen Umgang mit dem
199 öffentlichen Raum.

200 Schutz für Frauen und Kinder mit Gewalterfahrung

201 Frauen und Kinder sind in erschreckender Zahl Opfer von Gewalt und sexuellen
202 Übergriffen. Die Fallzahlen sind seit Jahren konstant und hoch. Die Opfer
203 brauchen leicht zugängliche Anlaufstellen, wo sie Rat und Unterstützung finden.
204 Frauenhäuser und Beratungsstellen müssen deshalb finanziell ausreichend
205 abgesichert sein.

206 Gesellschaftliche Teilhabe auch bei niedrigem Einkommen

207 Die Zahl der Haushalte mit geringem Einkommen ist in den letzten Jahren enorm
208 angestiegen. Ebenfalls gestiegen sind Altersarmut und die Zahl der armen Kinder.
209 Für grundlegende Änderungen und Verbesserungen ist der Bund zuständig und muss
210 in diesem Bereich notwendige Änderungen einleiten. Korrespondierend und
211 unterstützend sollen auch Kommunen hier regulierend eingreifen, z.B. durch
212 Preisnachlässe bei kommunalen Einrichtungen und beim öffentlichen Nahverkehr
213 (Bonus-Card, Familien-Card, Sozial-Ticket). Vergünstigungen werden idealer Weise
214 in der Folge dann auch von Vereinen und anderen Organisationen angeboten. Armut
215 darf nicht bedeuten, an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden.

216 Gemeinsam Leben – mit und ohne Behinderung

217 Menschen mit Behinderungen sollen ein möglichst selbstbestimmtes Leben mitten in
218 der Gesellschaft führen können. Dafür müssen Barrieren im öffentlichen Raum und
219 in öffentlichen Gebäuden abgebaut werden. Weniger stationäre und dafür mehr
220 ambulante Angebote ermöglichen beim Wohnen und in der Freizeitgestaltung

221 individuelle Wege. Durch gezielte Qualifikation und durch Kooperationen mit der
222 örtlichen Wirtschaft müssen mehr und mehr auch Zugänge zum allgemeinen
223 Arbeitsmarkt eröffnet werden. Gerade auch bei Ausschreibungen besteht die
224 Möglichkeit, Inklusion als Vergabekriterium zu definieren und damit
225 voranzubringen.

226 Gute gesundheitliche und medizinische Versorgung

227 Der Gesundheitsaspekt muss bei allen Entscheidungen und Planungen ebenso wie die
228 Umweltverträglichkeit grundsätzlich mitbedacht werden. Unser Ziel ist eine
229 flächendeckende, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige gesundheitliche und
230 medizinische Versorgung. Mithilfe von regionalen Gesundheitskonferenzen wollen
231 wir eine bessere Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung,
232 Pflegediensten, Heilberufen und den Verantwortungsträgern vor Ort erreichen. Der
233 öffentliche Gesundheitsdienst in den Kommunen spielt bei der Gestaltung dieser
234 Gesundheitskonferenzen eine wichtige Rolle.

235 Wir setzen uns für eine verbindliche regionale Krankenhausplanung und
236 qualitative Vorgaben durch das Land ein, um die Gesundheitsversorgung in der
237 Fläche zu gewährleisten und zugleich die Finanzmittel so sinnvoll wie möglich
238 einzusetzen.

239 Wir wollen die Teilhabe psychisch kranker Menschen an der Gesellschaft und eine
240 selbständige Lebensführung fördern. Dazu gehört eine Stärkung der
241 Sozialpsychiatrischen Dienste, die psychisch kranke Menschen begleiten und
242 Klinikaufenthalte vermeiden helfen.

243 Im Alter so lange wie möglich selbständig leben

244 Auch das Leben und Aktivsein im Alter soll mitten in der Gesellschaft möglich
245 sein. In unterschiedlichen Wohnformen wie etwa ambulant betreuten Wohngruppen
246 oder Mehrgenerationenhäusern sollen Menschen mit Unterstützungsbedarf
247 eigenständig leben können. Durch Quartiersarbeit (wie zum Beispiel
248 Nachbarschaftshilfen und Beratungsdienste) wird es älteren Menschen ermöglicht,
249 ihrem Wunsch entsprechend in der vertrauten Wohnung und Umgebung wohnen bleiben
250 zu können.

251 Für Menschen, die auf Pflege angewiesen sind, muss es gute Heimplätze und
252 Wohngemeinschaften für Menschen mit Pflegebedarf geben. Da die weitaus größte
253 Zahl der Menschen mit Pflegebedarf zu Hause betreut wird, ist ein dichtes Netz
254 von Pflegestützpunkten wichtig, die gute Beratung und Zugangswege zu ambulanten
255 Angeboten bereithalten.

256

257

258 3. Die erreichbare Kommune: umweltfreundliche mobil sein

259 Mobilität für alle sichern und umweltverträglich gestalten

260 Wir müssen unseren Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erreichen, die Kinder in die
261 Kita bringen, einkaufen, abends in den Verein, am Wochenende unsere Freunde und
262 Verwandte besuchen und ab und zu machen wir Urlaub – unser Leben setzt Mobilität
263 voraus. Uns Grünen liegt die nachhaltige Mobilität aller Menschen, unabhängig
264 von finanzieller Lage, Alter und möglichen Einschränkungen am Herzen. Mit
265 starken Grünen werden die Kommunen in Baden-Württemberg zum Vorreiter beim
266 Ausbau barrierefreier öffentlicher Verkehrsangebote und des Radverkehrs.

267 Stadtplanung und Verkehrspolitik denken wir zusammen, um sichere und kurze Wege
268 zu ermöglichen. Für immer mehr Menschen wird Mobilität ohne Abhängigkeit vom
269 eigenen Auto einfacher und attraktiver. Unsere Luft wird dadurch sauberer und
270 gesünder, die Lärmbelastungen gehen wohltuend zurück. Die Lebensqualität der
271 Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Dörfern steigt.

272 Gut zu Fuß

273 Das Zu-Fuß-Gehen wollen wir durch ausreichend breite und attraktive
274 Gehwegverbindungen fördern. Das Zuparken von Geh- und Radwegen wird nicht
275 geduldet. Auch Kinder und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen sollen sich
276 sicher bewegen können. Dazu trägt die Ausweitung von Tempo 30 und
277 verkehrsberuhigten Bereichen bei.

278 Hochschalten für mehr Radverkehr

279 Im Nahbereich ist das Fahrrad vielfach das am besten geeignete Verkehrsmittel.
280 Die Kommunalpolitik hat zahlreiche Möglichkeiten, den Radverkehr zu stärken.
281 Dazu gehören ausreichend breite Radwege, die keine Konflikte mit Fußgänger*innen
282 provozieren, komfortable Radschnellwege und Schutzstreifen auf den Fahrbahnen.
283 Die Infrastruktur umfasst ebenso Aufstellflächen vor Ampeln, Fahrradstraßen und
284 Begegnungszonen, gute Ausschilderung von Radrouten und ausreichend sichere
285 Fahrrad-Abstellanlagen. Hinzukommen können Fahrrad-Verleihsysteme – auch mit
286 Lastenrädern für Einkäufe oder Ausflüge mit Kind und Kegel - und die Mitnahme
287 von Fahrrädern in Bussen und Bahnen. Für kommunale Bedienstete wollen wir die
288 rechtlichen Möglichkeiten für die Förderung von Dienstfahrrädern ausschöpfen und
289 auch die örtlichen Unternehmen dafür gewinnen.

290 Bus und Bahn machen mobil

291 Öffentliche Verkehrsmittel wollen wir in den Ballungsräumen wie in den
292 ländlichen Räumen so ausbauen und miteinander vertakten, dass sie für immer mehr
293 Menschen eine verlässliche Alternative zum Auto darstellen. Vom Bund erwarten
294 wir eine deutliche Aufstockung der seit über 20 Jahren stagnierenden Mittel nach
295 dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), damit Land und Kommunen auch
296 größere Investitionen wie in die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken
297 stemmen können. Den Städten wollen wir neue Finanzierungsinstrumente wie die
298 Nahverkehrsabgabe ermöglichen. Busverkehre sollen durch die Einführung von
299 weiteren Expressbuslinien und die Beschleunigung durch Busspuren und die
300 Bevorrechtigung an Ampeln attraktiver gemacht werden. Wir wollen in allen Orten
301 des Landes zwischen 5 und 23 Uhr ein mindestens stündliches Verkehrsangebot. An
302 Haltestellen und Fahrzeugen legen wir großen Wert auf Barrierefreiheit und die
303 Information der Fahrgäste in Echtzeit. Die Zusammenlegung von Tarifgebieten
304 erleichtert die Nutzung von Bus und Bahn. In Tourismusregionen sollten, wie mit
305 der Konus-Gästekarte im Schwarzwald möglich, Bus und Bahn von allen genutzt
306 werden, die eine Kurtaxe entrichtet haben. In Tagesrandlagen, in den
307 Außenbereichen der Städte und auf dem Land bauen wir bedarfsgerechte öffentliche
308 Verkehrsmittel wie Anrufsammeltaxis, Ruf- und Bürgerbusse aus – mit den
309 digitalen Möglichkeiten von heute ist das sehr einfach und nutzerfreundlich
310 möglich.

311 Auto- und Lastwagenverkehr vermeiden

312 Wir fördern die Stadt der kurzen Wege, in der sich tägliche Besorgungen mit dem
313 Fahrrad oder zu Fuß erledigen lassen. Unser Ziel ist, dass zunehmend zunächst

314 auf Zweitwagen verzichtet werden kann. In neuen Wohngebieten setzen wir auf eine
315 reduzierte Anzahl von Stellplätzen und flexibel umbaubare Quartiersgaragen sowie
316 Carsharing-Angebote. Für die zunehmenden Lieferverkehre setzen wir insbesondere
317 in den Städten auf E-Mobilität und Lastenrad-Konzepte. Wir unterstützen die
318 Einrichtung der dafür notwendigen zentrumsnahen Verteilzentren.

319 Das Auto sinnvoll einsetzen

320 Für bestimmte Anlässe und vor allem in den ländlichen Regionen wird das Auto
321 auch in Zukunft für viele Wege noch benötigt. Mit dem Ausbau der
322 Ladeinfrastruktur wollen wir fördern, dass es zunehmend elektrisch angetrieben
323 wird. Gerade in den Städten muss der Autoverkehr reduziert werden. Angemessene
324 Parkgebühren können Anreize setzen, verstärkt auf umweltfreundlichere
325 Verkehrsmittel umzusteigen. Um die gemeinschaftliche Nutzung zu erleichtern,
326 wollen wir Parkplätze für Carsharing-Autos reservieren. Sinnvoll ist es, wenn
327 sich Kommunalverwaltungen und Unternehmen mit ihren Beschäftigten daran
328 beteiligen und dafür die Anzahl ihrer eigenen Fahrzeuge reduzieren. Mit Apps und
329 Mitfahrbörsen lässt sich die Auslastung der Autos erhöhen und die Mobilität ohne
330 eigenes Auto in Stadt und Land vereinfachen. Wir Grüne unterstützen die
331 Einführung der Blauen Plakette zur Luftreinhaltung und für den
332 Gesundheitsschutz.

333 Elektromobilität für bessere Luft

334 Der fossile Verbrennungsmotor hat nur noch eine begrenzte Zukunft. Die
335 Umstellung auf neue Formen der Mobilität hat bereits begonnen. Elektromobilität
336 ist einer der Bausteine des künftigen Verkehrs. Diese Umstellung bedeutet mehr,
337 als nur Ladesäulen zu installieren. Es müssen viele Faktoren ineinandergreifen,
338 Bedarfsgerechte Mobilitätskonzepte sind komplex und vielseitig. Frühzeitig
339 müssen dafür die Weichen gestellt werden: Quartiersentwicklung,
340 Energieversorgung, Ladeinfrastruktur, bevorzugtes Parken für E-Autos – diese und
341 viele andere Aufgaben auf dem Weg in eine elektromobile Zukunft brauchen Zeit.
342 Umso wichtiger ist es, jetzt in großen Schritten voran zu gehen.

343 Mehr Sicherheit und weniger Lärm

344 Öffentlicher Verkehrsraum gehört den Menschen, nicht nur den Autos. Wir wollen
345 Verkehrsflächen so umgestalten, dass sie für alle - vom Kind bis zur Seniorin –
346 sicher nutzbar sind und weniger Lärmbelastungen vom Straßenverkehr ausgeht. Seit
347 Frühjahr 2017 haben Kommunen die Möglichkeit, zum Schutz vor Gefahren und Lärm
348 im Straßenbereich entlang von Einrichtungen, in denen sich Kinder und alte sowie
349 kranke Menschen aufhalten, Tempo 30 auszuweisen. Wir wollen, dass diese
350 Möglichkeiten genutzt werden. Maßnahmen aus Lärmaktionsplänen wollen wir
351 konsequent umsetzen. Beim Lärmschutz an kommunalen Straßen bietet die
352 verbesserte Landesförderung für den Umbau von Straßen und die Lärmsanierung gute
353 Möglichkeiten.

354 4. Die vielfältige Kommune: Das örtliche Leben gemeinsam
355 gestalten

356 Informieren und beteiligen: Transparenz statt Hinterzimmer

357 Gelungene Beteiligung wirkt Politikverdrossenheit entgegen und liefert wichtige
358 Grundlagen für gute Entscheidungen in Rat und Verwaltung. Bürgerinnen und Bürger

359 sollen frühzeitig informiert und in die Planungen einbezogen werden. Die
360 Mitwirkungsmöglichkeiten müssen so konzipiert sein, dass sie zur breiten
361 Teilnahme einladen – das zielt auf den Zeitaufwand und auf die gewählten Orte
362 und Termine. Punktuelle Beteiligungsverfahren wie Bürgerforen,
363 Bürgerbefragungen, Planungszellen oder Stadtteilkonferenzen ergänzen sich mit
364 kontinuierlich arbeitenden Gremien wie Migrations-, Senioren- oder
365 Behindertenbeiräten. Dabei ist es uns wichtig, dass auch Menschen mit
366 Zuwanderungsgeschichte – gerade auch aus Nicht-EU-Staaten und damit ohne
367 Kommunalwahlrecht – durch Beteiligungsangebote erreicht werden. Informationen
368 der Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger sollen in leicht verständlicher
369 Sprache verfasst werden.

370 Die auf Initiative der grünen Landtagsfraktion eingeführte Möglichkeit, die
371 Vorberatung in den Ausschüssen öffentlich durchzuführen, wollen wir nutzen, um
372 mehr Transparenz zu schaffen.

373 Digitale Verfahren für Information und Beteiligung nutzen

374 Wir wollen, dass Kommunen die Möglichkeiten des Internets nutzen und öffentliche
375 Sitzungsunterlagen, Protokolle und Beschlüsse im Netz bereitstellen.

376 Internetgestützte Beteiligungsformate bieten große Chancen zur politischen
377 Mitwirkung.

378 Bei allen Formen der Mitwirkung sind klare Verabredungen wichtig, wie die
379 Ergebnisse in die Entscheidungen einfließen.

380 Bürgerschaftlich Engagierte aktiv einbeziehen

381 Bürgerschaftliches Engagement gestaltet und bereichert viele Felder des
382 kommunalen Lebens, vom Sozialbereich über den Naturschutz bis hin zum Sport.
383 Beispielhaft für viele weitere Engagierte sind die freiwillige Feuerwehr und die
384 Katastrophen- und Rettungskräfte zu nennen. Dies ist ein großer Reichtum, den
385 wir fördern und wertschätzen wollen. Wer aktiv mitarbeitet, sammelt viel Wissen
386 und Erfahrungen, die bei politischen Entscheidungen von hohem Wert sind.
387 Verwaltung und Gemeinderat sollen deshalb engagierte Bürgerinnen und Bürger
388 aktiv in die Entscheidungsfindung einbeziehen.

389 Kinder und Jugendliche mit Mitwirkungsmöglichkeiten

390 Die auf Initiative der Grünen im Land eingeführte Pflicht, Jugendliche an den
391 Entscheidungen zu beteiligen, die sie betreffen, wollen wir vor Ort je nach der
392 gegebenen Situation engagiert und kreativ umsetzen. Jugendinitiativen und
393 Jugendgemeinderäte sind wichtige Gremien und Gruppen, in denen Jugendliche sich
394 am kommunalen Leben beteiligen und ihre Sichtweise in die Politik einbringen.
395 Wir wollen, dass ihre Anliegen ernst genommen werden. Jugendgemeinderäte und
396 Jugendforen haben deshalb Rede- und Antragsrecht für den Gemeinderat. Darüber
397 hinaus sollen Kinder und Jugendliche auch über weitere offene Beteiligungsformen
398 in den Kommunen Gehör finden.

399 Ein wichtiger Bereich für aktive Gestaltungsmöglichkeiten und für das Engagement
400 von Jugendlichen sind die Jugendangebote der Vereine und Gruppen und die selbst
401 organisierten Jugend-Treffs.

402 Gleiche Chancen für Frauen in Politik und Gesellschaft

403 Der Frauenanteil an kommunalen Mandaten und Führungspositionen ist auch 100
404 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts gering. Weil Kommunalpolitik den

405 Alltag entscheidend prägt, ist die Sichtweise von Frauen in den kommunalen
406 Gremien und in den Entscheidungsebenen der Verwaltungen wichtig. Die
407 erfolgreiche grüne Antwort darauf ist seit 39 Jahren die quotierte Aufstellung
408 der Wahllisten im Reißverschlussverfahren. Es ist ein Erfolg Grüner
409 Landespolitik, dass der Landtag 2013 im Wahlgesetz die Quotierung zur
410 Sollvorschrift für alle Listen gemacht hat.
411 Kommunale Verwaltungen müssen es sich zur selbstverständlichen Aufgabe machen,
412 Frauen und Männern die gleichen Berufschancen zu bieten und bestehende
413 Einstellungs- und Aufstiegshindernisse zu beseitigen.
414 Kommunale Gleichstellungsbeauftragte wirken darauf hin, dass die Belange von
415 Mädchen und Frauen in der nach wie vor männlich dominierten Kommunalpolitik
416 nicht zu kurz kommen.

417
418 Sport und Bewegung in der Kommune fördern

419 Sport bedeutet nicht nur Bewegung, Fitness, Wettkampf, sondern auch soziales
420 Miteinander, Ehrenamt, Integration, Jugendarbeit, Gesundheit und Spaß.
421 Sportvereine und nicht organisierter Sport übernehmen wichtige Aufgaben in der
422 Gesellschaft, für die sie eine verlässliche kommunale Förderung brauchen. Die
423 Sportförderung muss gewährleisten, dass sowohl die traditionellen Vereine wie
424 auch neue Vereine und Sportarten gefördert werden. Der Spitzensport sollte dann
425 von den Kommunen unterstützt werden, wenn er einen Beitrag zum
426 gesellschaftlichen Leben vor Ort leistet und junge Nachwuchstalente fördert.

427 Für eine zukunftsgerichtete Sportstättenplanung müssen alle Beteiligten
428 kooperieren. Wir achten darauf, dass bei den kommunalen Sportkonzeptionen alle
429 Bevölkerungsgruppen mit ihrem Sportbedürfnis angemessen berücksichtigt werden.
430 Damit Sport und Bewegung auch spontan möglich sind, wollen wir innerorts frei
431 zugängliche Sport-, Spiel- und Bewegungsräumen für Jung und Alt.

432 Vielfältiges kulturelles Leben ermöglichen

433 Kunst und Kultur tragen dazu bei, dass wir die Welt mit anderen Augen sehen,
434 differenzierter zuhören und offen sind für Neues und Fremdes. Oft sind sie
435 Impulsgeber für Veränderung und für die Weiterentwicklung unseres Wertesystems
436 und für die kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Entwicklungen in unserer
437 Gesellschaft. Sie geben den Menschen in einer globalisierten Welt im besten
438 Sinne ein Gefühl von Heimat. Für uns Grüne ist es eine zentrale kommunale
439 Aufgabe, die kulturelle Infrastruktur mit Theatern, Festivals, Museen,
440 Musikschulen, Kunstschulen und anderen kulturellen Initiativen, Vereinen und
441 Einrichtungen zu erhalten.

442 Wir wollen, dass auch in der Fläche künstlerisch anspruchsvolle Angebote von
443 hoher Qualität den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen. Wir regen an,
444 die interkommunale Kulturarbeit auszubauen und die vielfältigen Möglichkeiten
445 von Kooperationen der verschiedenen Anbieter, von Laienkultur und
446 professionellen Kulturanbietern und Kunstschaffenden gezielt zu fördern.

447 Wir unterstützen das bürgerschaftliche Engagement in der Kultur, wollen niedrige
448 Zugangsschwellen, auch in finanzieller Hinsicht, zu kulturellen Angeboten.

449 Die Kultur der Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen, erweitert und
450 bereichert das örtliche Kulturangebot. Nicht zuletzt ist das kulturelle Angebot
451 auch von großer Bedeutung für den Tourismus von Städten und Gemeinden.

452 Integration aktiv gestalten

453 Kommunen können viel zu einem gelingenden Miteinander der einheimischen und der
454 eingewanderten Bevölkerung beitragen. Viele Migrantinnen und Migranten sind
455 längst selbstverständlicher Teil des gesellschaftlichen Lebens. Es gibt aber
456 auch nach wie vor Hindernisse, die einer gleichberechtigte Zugehörigkeit zur
457 örtlichen Gemeinschaft entgegenstehen. In den politischen Gremien sind sie zum
458 Beispiel viel zu wenig vertreten. Integrationsbeiräte und die Vereine der
459 Migrantinnen und Migranten sind wichtige Gruppen, die gemeinsam mit Rat und
460 Verwaltung Maßnahmen für eine gelingende Integration entwickeln.

461 Da in den Jahren 2015 und 2016 viele Menschen nach Deutschland geflüchtet sind,
462 stellt die Integration der Geflüchteten eine besondere Herausforderung dar. In
463 relativ kurzer Zeit müssen Hilfestellungen entwickelt und umgesetzt werden, die
464 den Spracherwerb ermöglichen und Zugänge zum Bildungssystem, zum Arbeitsmarkt
465 und zu Wohnmöglichkeiten schaffen. Auf der kulturellen Ebene bedeutet
466 Integration neben dem Erlernen der Sprache, das Kennenlernen kultureller Muster
467 und Verhaltensweisen, sowie das Erfahren von Normen und Werten, die für das
468 Leben in Deutschland bestimmend sind. Die können Verwaltungen und die vom Land
469 finanzierten Integrationsmanager*innen nicht allein leisten. Sie brauchen die
470 gute Kooperation mit den Ehrenamtlichen in den Unterstützungskreisen, mit
471 Betrieben, Vereinen, Bildungsträgern und mit Schulen.

472 Entschlossen gegen Fremdenhass und menschenverachtende Hetze

473 Wir Grüne wollen in Baden-Württemberg ein gesellschaftliches Klima der
474 gegenseitigen Achtung erreichen. Deshalb treten wir auch auf der kommunalen
475 Ebene Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und
476 extremistischer Hetze gegen gesellschaftliche Gruppen entschieden entgegen. Eine
477 lebendige Erinnerungskultur zur Auseinandersetzung mit den
478 nationalsozialistischen Verbrechen und mutigem Widerstand ist uns wichtig.
479 Wir setzen uns für den Erhalt und die Pflege von Gedenkorten ein, an denen
480 Menschen wegen ihrer Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer politischen
481 und religiösen Überzeugung oder ihrer Behinderung drangsaliert und getötet
482 wurden.

483 Partnerkommunen in der einen Welt

484 Städtepartnerschaften und Projektkooperationen übernehmen eine wichtige Aufgabe
485 beim gegenseitigen Verständnis in Europa und in der Entwicklungs- und
486 Friedenspolitik. Insbesondere Partnerschaften mit Kommunen und Projekten in
487 Schwellen- und Entwicklungsländern ermöglichen es, die Auswirkungen des Handels
488 in einer globalisierten Welt direkt zu erfahren und kommunale Handlungsoptionen
489 zu entwickeln. Garanten für gelungene Partnerschaften sind bürgerschaftlich
490 engagierte Menschen und Gruppen, die die Partnerschaft mit Leben füllen und von
491 der Kommunalpolitik unterstützt werden.

492 5. Familienfreundliche Kommune: Bildungschancen eröffnen

493 Auf den Anfang kommt es an

494 Kinder sind neugierig und wollen die Welt entdecken. Diese Chance wollen wir
495 allen Kindern geben. Kinder sollen die Chancen nutzen können, die Ihnen das
496 Leben bietet, und das unabhängig von ihrem familiären Hintergrund. Daher ist

497 frühe Förderung durch gute und bedarfsgerechte Betreuungs- und Bildungsangebote
498 eine wichtige Voraussetzung. Familien wollen wir unterstützen, etwa durch einen
499 forcierten Ausbau von Familienzentren. Angesichts der demografischen und
500 gesellschaftlichen Entwicklung benötigen wir mehr Betreuungsplätze, vor allem im
501 Ganztagesbereich. Wir Grüne setzen uns für eine hohe pädagogische Qualität in
502 Krippen und Kindergärten sowie in der Kindertagespflege ein. Über einen guten
503 Personalschlüssel hinaus ist es erste Priorität, den im Orientierungsplan
504 ausgearbeiteten pädagogischen Ansatz verbindlich umzusetzen. Um die Qualität
505 weiter zu entwickeln, braucht es deshalb mehr freigestellte, bezahlte
506 Leitungszeit. Gute pädagogische Konzepte und ihre Umsetzung brauchen Zeit zur
507 Entwicklung.

508 Die finanzielle Unterstützung des Landes für den Ausbau und Betrieb der
509 frühkindlichen Betreuungseinrichtungen ist sehr wertvoll. Neben dem vorrangigen
510 Ziel die Qualität weiter zu stärken, wollen wir mittelfristig darüber hinaus die
511 Kinderbetreuung kostenfrei anbieten, wie dies teilweise schon in anderen
512 Bundesländern gegeben ist. Als Zwischenschritt setzen wir auf sozial gestaffelte
513 Beiträge.

514 Kindern und Jugendlichen Raum geben

515 Kinder erobern sich ihre Welt Stück für Stück. Wir wollen unterstützen mit
516 ausreichend Spielflächen, die für sie gut erreichbar sind und vielfältige
517 Erfahrungsmöglichkeiten bieten. Neben qualitativ hochwertigen Außenflächen in
518 den Kindertageseinrichtungen haben Kinder auch ein Recht auf ihren Platz im
519 öffentlichen Raum, wo sie toben, klettern und spielen können. Vielen Kindern
520 fehlt oftmals jeglicher Zugang zur Natur. Uns Grüne sind daher ausreichende
521 Flächen für Spiel- und Naturerfahrungen wichtig, für uns ein ganz wesentlicher
522 Aspekt familiengerechter Stadtplanung.
523 Das Recht auf ihren Platz im öffentlichen Raum haben ebenso Jugendliche. Wir
524 wollen nicht, dass Jugendliche daraus verdrängt werden, z.B. durch eine
525 Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes. Jugendliche brauchen ihre eigenen
526 Räume jenseits von Schule, Arbeitswelt und organisierter Jugendarbeit.
527 Jugendtreffs oder auch Proberäume für junge Musiker*innen sind wichtig.
528 Jugendlichen lernen ihre Aktivitäten auf eigenen Wegen und auf ihre Weise zu
529 regeln und Demokratie in ihrem Alltag zu erlernen, indem wir ihnen weitgehende
530 Selbstverwaltung und Selbstorganisation ermöglichen.

531 Schulbildung, individuell und gut

532 Kinder und Jugendliche sollen ihre Potenziale voll entfalten und den für sie
533 bestmöglichen Schulabschluss erreichen können. In der Schule der Zukunft steht
534 die individuelle Förderung jedes Kindes daher im Mittelpunkt.

535 Schulsystem im Wandel

536 Die Schülerzahlen in Baden-Württemberg haben sich über die Jahre teilweise sehr
537 deutlich verändert, und sie werden sich weiter verändern. Die Nachfrage nach den
538 verschiedenen Schularten oder einzelnen Schulen sind ebenso im Wandel. Die
539 notwendige Antwort darauf ist eine regionale Schulentwicklungsplanung, die die
540 örtlichen Belange berücksichtigt. Interkommunale Lösungen werden zukünftig
541 wichtiger. Nur so ist ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot auch bei
542 geringeren Schülerzahlen möglich. Die Schülerbeförderung muss dementsprechend
543 verbessert werden. Die unter grüner Regierungsführung begründeten
544 Gemeinschaftsschulen, die immer wieder für ihre hervorragende pädagogische

545 Arbeit ausgezeichnet werden, sind besonders gut geeignet, demografische
546 Veränderungen aufzufangen. Die Gemeinschaftsschulen im Land haben sich sehr gut
547 entwickelt und werden von uns weiter aktiv unterstützt. Der Ausbau von
548 Ganztageschulen ist uns wichtig, unabhängig von der Schulart und nicht nur bei
549 Grundschulen. Ganztageschulen bauen Bildungsnachteile ab und ermöglichen eine
550 bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern. Besonders wertvoll
551 sind rhythmisierte Angebote. Diese sind den Lernbedürfnissen der Kinder und
552 Jugendlichen angepasst und musisch-kreative und sportliche Angebote werden in
553 den Tagesablauf eingebunden. Ein gesundes Mittagessen gehört für uns dazu. Wir
554 wollen alle Kindern und Jugendlichen ein warmes, frisch zubereitetes Mittagessen
555 möglichst aus regionaler/biologischer Herstellung ermöglichen.

556 Schulsozialarbeit als wichtige Unterstützung

557 Die Anforderungen an die Arbeit der Schulen sind in den letzten Jahren deutlich
558 gewachsen durch ein verändertes Familien- und Arbeitsleben. Bei sozialen und
559 familiären Problemen wird zunehmend von der Schule erwartet, dass sich darum
560 kümmert. Das können Schulen aber nur schaffen, wenn sie dabei mit Fachpersonal
561 unterstützt werden. Die vom Land mitfinanzierte Schulsozialarbeit ist aus dem
562 Schulalltag nicht mehr wegzudenken. Sie hat sich bewährt als wichtige Form der
563 Kooperation von Jugendhilfe und Schule. Wir wollen Schulsozialarbeit weiter
564 ausbauen und an allen Schulen verankern.

565 Gemeinsam leben, gemeinsam lernen

566 Die Inklusion, das gemeinsame Lernen und Leben von Kindern mit und ohne
567 Behinderung, ist eine wertvolle Bereicherung für alle Kinder. Wir wollen
568 Inklusion weiter voranbringen. Dafür benötigen Schulen die entsprechende
569 Unterstützung bei Personal und Ausstattung. Die Erfahrungen der letzten Jahre
570 wollen wir nutzen, erfolgreiche Modelle auszubauen und auf weitere Schulen zu
571 übertragen. Den Wunsch von Eltern und Kindern nach inklusiver Beschulung vor Ort
572 wollen wir umzusetzen.

573 Schulgebäude und Ausstattung auf individuelle Förderung ausrichten

574 Schulen müssen heute anders aussehen als früher. Die Herausforderungen an
575 Schulgebäude und Ausstattung der Schulen sind in den letzten Jahren deutlich
576 gewachsen. Unser Ziel sind Schulen, die in einem baulich guten Zustand sind, die
577 zeitgemäß ausgestattet sind und die den aktuellen pädagogischen Anforderungen
578 für individuelle Förderungen und moderne Unterrichtsformen gerecht werden.
579 Digitalisierung spielt neben Instandhaltung, Sanierung und Umsetzung der
580 Inklusion eine immer wichtigere Rolle. Ganz besonders bei den beruflichen
581 Schulen, die ganz unmittelbar mit den Anforderungen der Industrie 4.0
582 konfrontiert sind. Aber auch in den anderen Schularten werden mobile Geräte und
583 das Internet zunehmend eingesetzt. Der Zugang zu digitalisierten Inhalten ist
584 eine große Chance für Bildung und Weiterbildung. Wir wollen erreichen, dass alle
585 Kinder und Jugendliche unabhängig vom sozialen Status diese Möglichkeiten nutzen
586 können. Für uns Grüne ist es wichtig Chancen und Risiken der Digitalisierung mit
587 den Schülerinnen und Schülern zu thematisieren und abzuwägen, also Fragen nach
588 den Auswirkungen auf Freiheitsrechte, den Schutz persönlicher Daten, ebenso wie
589 auf Alltag, Arbeit, Konsum und Freizeit.

590 Bildung unabhängig vom Alter

591 Lebenslanges Lernen ist ganz selbstverständlicher Teil unserer
592 Informationsgesellschaft. Bildung endet nicht am Nachmittag und auch nicht mit
593 der Erreichung eines Schulabschlusses. Wir setzen uns für gut ausgestattete
594 Büchereien, Musikschulen und breit aufgestellte Volkshochschulen ein. Zusammen
595 mit weiteren Bildungsträger bieten die Angebote Möglichkeiten, Fähigkeiten auch
596 außerhalb von Schule und Ausbildung weiterzuentwickeln und bis ins hohe Alter
597 wachhalten zu können. Schulabschlüsse zu einem späteren Zeitpunkt nachholen zu
598 können oder als Erwachsener Lesen und Schreiben zu lernen, sind wichtige
599 Bausteine einer Gesellschaft, die allen Menschen Chancen auf Teilhabe bieten
600 möchte. Wir unterstützen daher auch uneingeschränkt das unter grüner Regierung
601 eingeführte Bildungszeitgesetz.

602 6. Die erfolgreiche Kommune: zukunftsfähig wirtschaften

603 Wirtschaftsförderung: Gemeinden und Regionen im Blick

604 Kommunen müssen Flächen für die Erweiterung bestehender Betriebe im Blick haben
605 und neuen Betrieben die Chance für eine Ansiedlung bieten. Der Flächenverbrauch
606 dazu soll minimiert werden. Grundlage dafür ist eine kluge
607 Flächenvorratspolitik, bei der eine Reaktivierung innerstädtische Gewerbebrachen
608 notwendig ist. Eine Ausweisung neuer Siedlungs- und Gewerbeflächen gibt es nur,
609 wenn diese die vorhandene Infrastruktur weiterentwickelt und eine Ausweisung
610 neuer Flächen zur Erreichung kommunaler Ziele unerlässlich ist.

611 Ein großer Stellenwert wird auf eine regional abgestimmte Wirtschaftspolitik und
612 interkommunale Projekte gelegt. Regionen können als gemeinsamer Raum
613 wahrgenommen und geplant werden. Die Vernetzung von Städten und Gemeinden einer
614 Region sollen den Aufbau von Netzwerken zwischen Unternehmen, Hochschulen und
615 Verwaltungen forcieren, die Kooperation zwischen Betrieben unterstützen, um
616 regionale Wirtschaftskreisläufe zu fördern. Kommunale Wirtschaftsförderung soll
617 weg von lokalem Vorrangdenken und eine gemeindeübergreifende, lokale Ausrichtung
618 favorisieren. Die Möglichkeiten, die regionale Kooperationen, regionaler
619 Wissenstransfer, eine regionale Infrastruktur, regionale Verkehrslösungen und
620 ein regionales Arbeitskräfteangebot bieten sind nachhaltigen, wichtigen
621 Standortfaktoren geworden. Weiter stellen Regionen mit unverwechselbaren
622 Besonderheiten unverzichtbare Elemente für den Tourismus dar.

623 Ein weiterer wichtiger Aspekt der Wirtschaftsförderung ist eine effiziente
624 Energiepolitik und der damit verbundene massive Ausbau erneuerbarer Energien.
625 Diese bieten große Potentiale für das lokale Handwerk und den Mittelstand.

626 Bei der Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten ist die Landwirtschaft
627 unbedingt einzubeziehen, zum Beispiel bei der Vermarktung ihrer Produkte oder
628 bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit.

629 Eine kommunale Wirtschaftsförderung hat auch die Aufgabe, Startups, neue Talente
630 und neue Potentiale für unternehmerisches Handeln zu fördern. In diesem Segment
631 sind Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund als Unternehmerinnen und
632 Unternehmer stärker in den Fokus zu rücken.

633 Unerlässlicher Bestandteil einer guten Infrastruktur für die Wirtschaft ist der
634 flächendeckende Breitbandzugang nach dem aktuellen Stand der Technik
635 (Glasfaser). Interkommunale Kooperationen zum zügigen und bedarfsgerechten
636 Ausbau genießen hier Vorrang

637 Gute und effiziente kommunale Daseinsvorsorge sicherstellen

638 Zu einer guten kommunalen Daseinsvorsorge als zentralem Beitrag zu hoher
639 Lebensqualität gehören auch sauberes Trinkwasser, moderne, effektive
640 Bildungsangebote, eine ambulante und stationäre Krankenversorgung, ein gut
641 ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz und der Ausbau digitaler Angebote. Weitere
642 notwendige Strukturelemente sind hier Lebensmittelkontrolle, Abfallwirtschaft
643 und Feuerwehr, um wichtige Grundbedürfnisse zu erfüllen. Durch die
644 Digitalisierung von Verwaltungsabläufen lässt sich der Service für die
645 Bevölkerung und für die Wirtschaft verbessern.
646 Wir wollen, dass die Kernaufgaben der Daseinsvorsorge in kommunaler Hand sind.
647 Die Qualität und die demokratische Kontrolle in diesen Aufgabenfeldern sind ein
648 hohes Gut.

649 Für eine grüne digitale Zukunft

650 Die Geschwindigkeit der digitalen Veränderungsprozesse ist atemberaubend und
651 stellt jede und jeden Einzelnen sowie die Gesellschaft als Ganzes vor große
652 Herausforderungen. Der globale Arbeitsmarkt steht vor dem größten Umbruch seit
653 Jahrzehnten. Selbst fahrende Fahrzeuge, denkende Maschinen, intelligente
654 Lagersysteme und eine internetbasierte Verwaltung werden in den nächsten
655 eineinhalb Jahrzehnten Stellen vernichten und gleichzeitig werden die neuen
656 Techniken neue Jobs entstehen lassen, vor allem in der Beratungs- und
657 Dienstleistungsbranche. Das Land fördert mit 325 Mio. Euro in den nächsten
658 beiden Jahren Digitalisierungsmaßnahmen. Auf kommunaler Ebene müssen die
659 Chancen, die Digitalisierung bietet, zielstrebig umgesetzt werden, ohne die
660 damit verbundenen Gefahren zu vernachlässigen.

661 Finanzbereich und Gemeinwohl auf eine Stufe stellen

662 Kommunale Bilanzen oder Erfolge sollen in Zukunft nicht nur in finanzieller
663 Hinsicht gemessen werden. Neben der klassischen Finanzbilanz müssen weitere
664 Werte einbezogen und verglichen werden, die einen gesellschaftlichen Nutzen
665 bilanzieren: dazu gehören Bedürfnisbefriedigung, Sinnstiftung, Teilhabe aller,
666 Mitbestimmung, Geschlechterdemokratie, ökologische Nachhaltigkeit und
667 Lebensqualität. Eine Bilanz des Gemeinwohls ist ein konkretes, umsetzbares
668 Instrument für Unternehmen, Organisationen und Kommunen aller Größen und
669 Rechtsformen. Sie ist ein Schritt auf dem Weg zu einer Wirtschaftsweise, die in
670 erster Linie den Menschen im Mittelpunkt hat und ihm dient. Kommunale
671 Unternehmen sollen hierbei Vorreiter und Impulsgeber sein.

672 Kommunen als verantwortungsvolle Arbeitgeber

673 Von Kommunen wird zu Recht erwartet, dass sie sich auch als Arbeitgeber
674 gemeinwohlorientiert verhalten und gute Arbeitsbedingungen bieten. Die
675 Auslagerung von einfachen Tätigkeiten an Subunternehmen, um Kosten zu sparen,
676 läuft dem häufig entgegen. Sie ist oft unsozial und ein Beitrag zu weiterer
677 sozialer Spaltung.
678 Wir wollen das flexible Arbeitszeitangebot in der öffentlichen Verwaltung und in
679 den städtischen Betrieben ausbauen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
680 noch stringenter zu machen. Der Anteil der Frauen in Führungspositionen der
681 Verwaltung ist durch gezielte und wirksame Maßnahmen zu erhöhen. Für Frauen und
682 Männern gleiche Berufschancen und Karrieremöglichkeiten ist eines der
683 grundsätzlichen Ziele des grünen Wertekanons

684 Durch die Einstellung und gezielte Weiterbildung von Menschen mit
685 Migrationshintergrund wird die interkulturelle Ausrichtung und der
686 Inklusionsgedanke der kommunalen Verwaltung gestärkt. Mit dem Tariftreuegesetz
687 des Landes können die Kommunen die Tarifbindung bei öffentlichen Aufträgen
688 gewährleisten. Tarifbindung kommunaler Tochtergesellschaften sind dabei ein
689 selbstverständlicher Bestandteil sein und bei Auftragsvergaben vertraglich zu
690 vereinbaren.

691 Zum Selbstverständnis als guter Arbeitgeber gehört die unabdingbare Einhaltung
692 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), so dass niemand beispielsweise
693 auf Grund der sexuellen oder geschlechtlichen Identität mit Diskriminierung
694 rechnen muss.

695 Die Kommune als Kundin: ökologisch und fair

696 Jede Gemeinde hat einen großen Bedarf an Materialien und Produkten: in den
697 Büros, in Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern, Altenheimen, Jugendhäusern etc.
698 Kommunen sind somit ein beträchtlicher Wirtschaftsfaktor und müssen bei
699 Beschaffungen mit gutem Beispiel vorangehen und umweltverträglichen Produkten
700 und Waren aus der Region bei der vorrangig berücksichtigen.

701 Soziale Standards, wie zum Beispiel der Verzicht auf Produkte, die in
702 Kinderarbeit hergestellt werden, müssen selbstverständlich werden. Wir begrüßen
703 es, wenn sich Kommunen als „Fair Trade-Town“ zertifizieren lassen.

704 Kommunen tragen Verantwortung für den Klimaschutz. Den Fuhrpark und die
705 Energieversorgung emissionsarm, nachhaltig und ökologisch zu organisieren,
706 gehört für Bündnis 90/ Die Grünen elementar dazu!

707 Das öffentliche Vergaberecht für Bau- und Dienstleistungen bietet gute
708 Möglichkeiten, die Aufträge so auszuschreiben, dass ökologische und soziale
709 Kriterien beachtet werden. Wir wollen dafür sorgen, dass dies zukünftig stärker
710 genutzt wird.

711 Kommunale Finanzen – zukunftsfest wirtschaften

712 Ohne Geld ist alles nichts, aber Geld ist nicht alles. Deshalb brauchen Kommunen
713 für die wichtigen Aufgaben, die sie erfüllen, die entsprechenden finanziellen
714 Mittel. Die öffentlichen Aufgaben und die dafür zur Verfügung stehenden Finanzen
715 müssen immer wieder neu zwischen Bund, Land und Kommunen austariert werden.
716 Kinderbetreuung, Ganztageschulen, Teilhabe von Menschen mit Behinderung,
717 sozialer Wohnungsbau, ein guter öffentlicher Personennahverkehr sind Beispiele
718 für Zukunftsaufgaben, die die Kommunen finanzieren müssen und nicht alleine
719 stemmen können.

720 Ab dem Jahr 2020 gilt die Schuldenbremse. Für die Kommunen wächst damit die
721 Bedeutung einer Finanzpolitik, die Prioritäten setzt und keine finanzielle
722 Belastungen in die Zukunft verschiebt. Schuldenabbau ist auch ein wichtiger
723 Beitrag zur Generationengerechtigkeit. Dazu gehört der Abbau der impliziten
724 Verschuldung, das Nachholen nicht getätigter Sanierung und Instandhaltung.
725 Kommunen müssen nachhaltig wirtschaften. Bei Baumaßnahmen müssen zum Beispiel
726 mehr als bisher die Folgekosten konsequent berücksichtigt werden, auch um
727 Energieeinsparungen ökonomisch darzustellen. Mit Blick auf die sich verändernde
728 Bevölkerungsstruktur ist es wichtig, dass Gebäude nicht nur dem heutigen Zweck
729 dienen, sondern auch umgewidmet werden können.

